



Harderstraße 46, 6923 Lauterach, 0664 2116192, office@bildungsgewerkschaft.at, www.bildungsgewerkschaft.at

unabhängige bildungsgewerkschaft

28.11.2013

**Der Vorsitzende der
Unabhängigen Bildungsgewerkschaft, Mag. Gerhard Rüdissler (AHS)**

und die KollegInnen aus den verschiedenen Schultypen, Ingrid Scharf, (Pflichtschulen), Mag. Manfred Sparr (BMHS), Dr. Gerhard Pušnik (AHS), Klaus Trenker (Berufsschulen)

nehmen Stellung zu aktuellen Bildungspolitischenthemen:

„Die alt- neue Regierung versäumt schon wieder den Zug, um grundsätzliche Schulreformen in Gang zu bringen. Die GÖD steht daneben und ist unfähig, zu informieren, zu mobilisieren und Gegenentwürfe zum neoliberalen Sparwahn zu entwickeln“, stellt Gerhard Rüdissler, Obmann der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft zu Beginn des Mediengesprächs im Café Eiles fest. „Die GÖD-Vorsitzenden Kimberger, Rainer und Quin sitzen 1 ½ Jahre in dutzenden Stunden den Dienstgebervertretern gegenüber und lassen sich in 35 Sitzungen verschaukeln, hier zeigt sich, dass diese Aufsplitterung in Lehrergruppierungen und vor allem in von ÖVP und SPÖ dominierte Fraktionen sich sehr negativ für alle LehrerInnen auswirkt“, meint der Obmann und AHS-Lehrer für Mathematik und Physik, der einen Kurzaufenthalt in Wien nützt, um die Sichtweise der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft darzulegen.

Die Vertreterin der Pflichtschulen, Ingrid Scharf, hält fest: „ Die Unterrichtsqualität sinkt, weil ein wesentlicher Aspekt durch das neue Dienstrecht ausgeklammert wird, nämlich dass die gesellschaftlichen Veränderungen über die Kinder in die Schule getragen werden und die Lehrerinnen damit umgehen müssen, um überhaupt eine Bereitschaft und Basis fürs Lernen zu schaffen. Lernen und Lehren passiert über Beziehung, erst wenn die Beziehungsebene stimmt, ist nachhaltiges Lernen möglich.“

„Es muss uns gelingen, auch die Bevölkerung für Bildungsanliegen und gegen Bildungsabbau zu gewinnen. Die GÖD-Gewerkschafter haben aber wieder einmal durch ihre inkompetente Öffentlichkeitsarbeit nicht nur den LehrerInnen sondern vor allem dem öffentlichen Schulwesen großen Schaden zugefügt, das ist der

eigentliche Skandal. Es wurde verabsäumt, die wirklich dramatischen Folgen des neuen Dienstrechtes auf die Schulen rechtzeitig und verständlich zu kommunizieren.

Das wäre eigentlich nicht besonders schwierig gewesen, gab es doch schon vor den Nationalratswahlen den patzigen, aber richtigen Hinweis von der Unterrichtsministerin Schmied: *„Das neue Dienstrecht tritt 2019 in Kraft. Wenn es jemand nicht passt, muss er ja nicht Lehrer werden!“* Das sehen viele so. Aber genau das ist Ursache für die Probleme, die auf die Schulen zukommen“ betont der BHS-Lehrer Manfred Sparr.

„Die SPÖ-ÖVP-Regierung zeigt mit dem neuen Dienstrecht, dass sie am alten Stil festhalten will. Die akuten Probleme bleiben liegen, die positiven Errungenschaften, wie das bislang in AHS und BHS übliche Unterrichtspraktikum werden abgeschafft, Überforderung und Mehrbelastungen nehmen zu. Die Folge dieser verkehrten Politik: Weniger Zeit für den einzelnen Schüler und ein völlig unattraktives Berufsbild“ unterstreicht der AHS-Lehrer Gerhard Pusnik.

„Seit Jahren ist beobachtbar, dass sowohl die Betreibe Schwierigkeiten haben, Lehrlinge zu finden, die den Anforderungen gerecht werden. Auch für die Berufsschulen sind Reformen dringend notwendig“ so Klaus Trenker Personalvertreter der Berufsschulen.

Die UBG fordert

- einen Neustart für Verhandlungen ein zu einem Neuen Dienstrecht mit neuer Besetzung und Einbeziehung der betroffenen Basis
- mehr Ressourcen für Bildungsreformen

Unabhängige Bildungsgewerkschaft:

Mag. Gerhard Rüdissler
0664/2116192